

## RESOLUTIONSANTRAG

Der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Mag. Leichtfried, Sulzberger, Ing. Pum, MMag. Dr. Petrovic, Enzinger und Weiderbauer  
gemäß § 60 LGO 2001

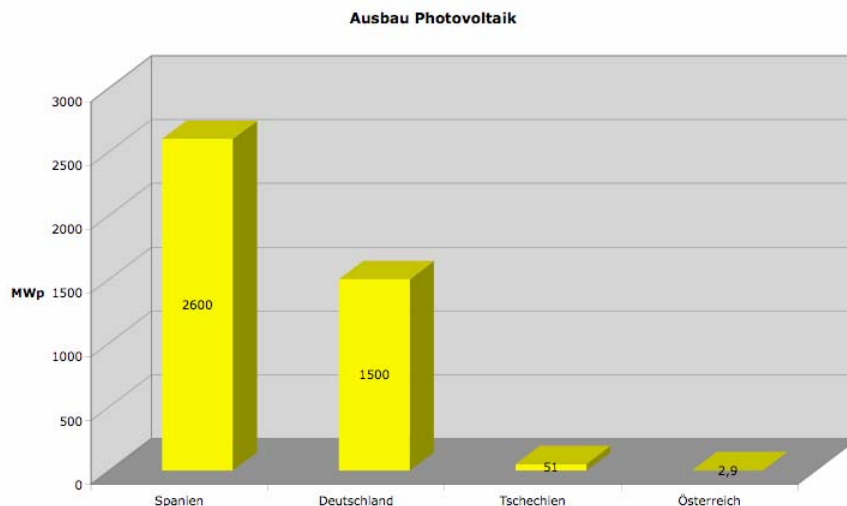
zum Verhandlungsgegenstand Ltg. – 283/V - 7,  
Voranschlag 2009 des Landes Niederösterreich, Gruppe 5

betreffend **Totalreform des Ökostromgesetzes**

### Begründung

In der 4. Landtagssitzung vom 19. Juni 2008 haben alle Fraktionen des Niederösterreichischen Landtags die wichtige Forderung nach einer Totalreform des Ökostromgesetzes einstimmig beschlossen.

Seither ist einiges passiert, Österreich hat eine neue Bundesregierung, allein im Bereich des Ökostromgesetzes sind die Rahmenbedingungen nach wie vor unverändert unzufriedenstellend. Beim Ausbau zB der Photovoltaik verliert Österreich zunehmend den Anschluss an ein europäisches Niveau. (siehe Grafik).



Die neue Bundesregierung auf die Wichtigkeit dieses Anliegens, das weit über die Landesgrenzen von Niederösterreich hinausgeht nachdrücklich aufmerksam zu machen, scheint daher unerlässlich.

Das Land Niederösterreich bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes. In der Sitzung des NÖ Landtags vom 4. Oktober 2007 wurde diesem Bekenntnis zusätzlich dadurch Ausdruck verliehen, dass der Klimaschutz mit der Formulierung „*dem Klimaschutz kommt besondere Bedeutung zu*“ in die NÖ Landesverfassung aufgenommen wurde. Nun gilt es diese Staatszielbestimmung mit Inhalten zu befüllen und entsprechende Maßnahmen zu setzen, die eine Erreichung der im Kioto Protokoll festgelegten Klimaschutzziele ermöglichen.

Ein wesentlicher Bestandteil einer effizienten Klimaschutzpolitik ist ein wirksames Ökostromgesetz nach dem Vorbild des deutschen Erneuerbaren Energie Gesetzes. Seit geraumer Zeit wird auf Bundesebene eine Reform der völlig verunglückten Novelle des Ökostromgesetzes diskutiert. Erst vor wenigen Tagen wurde im Plenum des Nationalrates der neuerlich äußerst mangelhafte Entwurf an den Wirtschaftsausschuss zurückverwiesen.

Der Landtag von Niederösterreich hat sich in seiner Sitzung am 24. Jänner 2008 zum wiederholten Mal einstimmig für ein strenges und effizientes Ökostromgesetz ausgesprochen und hat dabei sehr konkrete Vorschläge für ein derartiges Gesetz gemacht. Diesen Forderungen wurde bisher leider nicht entsprochen. Mit der Rückverweisung in den Wirtschaftsausschuss des Nationalrates ergibt sich nunmehr aber die Chance, die von so vielen Seiten geforderten Maßnahmen im neuen Ökostromgesetz doch noch umzusetzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- 1) Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung unverzüglich und mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das österreichische Ökostromgesetz nach dem Vorbild des erfolgreichen "Erneuerbare-Energien-Gesetz" Deutschlands von Grund auf überarbeitet wird.